

26.06.2016 „Wasser ist unsere Zukunft“ - Bericht über die Abendveranstaltung

„Bäche, Flüsse und Meere müssen sauberer werden“, forderte Hans-Christian Markert, Landtagsabgeordneter der Grünen, bei seinem Besuch in Nottuln. Nicht zuletzt wegen der verbotenen Einleitung von umweltschädlichen Gärsäften in hiesige Gräben und Bäche hatte die bündnisgrüne Kreistagsfraktion zu einer Informationsveranstaltung mit dem Umweltpolitiker nach Nottuln eingeladen.

Verschmutzungen durch Nitrate und Mikroplastik sollen bald der Vergangenheit angehören. Das machte Hans-Christian Markert, Umwelt-, Verbraucher- und Atompolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, bei seinem Vortrag „Wasser ist unsere Zukunft“ deutlich. Zuvor besuchte er das Nottulner Wasserwerk am Ludgeruspättken.

Seit Januar reist der 47-Jährige durch Nordrhein-Westfalen, um Parteifreunde und Bürger vor dem Hintergrund des anstehenden neuen NRW-Wassergesetzes auf die vielfältigen Verunreinigungen aufmerksam zu machen.

„Wasser ist unser wichtigstes und das am besten kontrollierte Lebensmittel. Zugleich ist es jedoch durch menschliche Verschwendung, durch giftigen Pflanzenschutzmitteln und Medikamenten-Rückstände oder als Mikroplastik aus Zahnpasten oder Kosmetika im Wasser befinden, gefährdet. Wasserkrisen sind das größte gesellschaftliche und ökonomische Risiko der kommenden zehn Jahre“, erinnert Markert an eine zentrale Aussage des Weltwirtschaftsforum von 2014. Er ruft daher auf, dem Thema Wasser und Gewässerschutz künftig denselben Stellenwert einzuräumen wie dem Bereich Energie.

Der Landespolitiker machte die Notwendigkeit einer Verbesserung der Wasserqualität an mehreren Beispielen deutlich und verwies dabei auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie. Diese wurde im Oktober 2000 mit dem Ziel verabschiedet, Grund- und Oberflächengewässer in Hinsicht auf Chemie und Morphologie – Struktur des Wassers – spätestens bis 2027 in einen „guten ökologischen Zustand“ zu bringen.

Heftig kritisierte Markert die schwarz-rote Bundesregierung, dass „ein Land wie Deutschland es nicht geschafft hat, die Kriterien der EU bis Ende 2015 zu erfüllen“. Besonders die Nitratbelastung sei weiterhin ein großes Problem. Markert hatte in dem Zusammenhang großes Verständnis für die EU-Kommission, die Deutschland jetzt wegen zu hoher Nitratbelastung von Gewässern vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt hat.

In NRW entsprächen 90 Prozent der Gewässer, so Markert, nicht den Vorgaben dieser Wasserrahmenrichtlinie und seien in „keinem guten ökologischen Zustand“. Die große Nutzung der Oberflächengewässer wie Rhein, Weser, Wupper und Ruhr als Reservoir der Trinkwassergewinnung (60 Prozent) weise auf die Bedeutung des Elements hin. Für den Fachmann aus dem Rhein-Kreis Neuss ist es deshalb dringend geboten, zügig gegen Verunreinigungen aller Art vorzugehen. Einen besonderen Fokus legte er auf die durch die industrialisierte Landwirtschaft hervorgerufenen Umweltbelastungen.

Die Folgen einer intensiven Landwirtschaft dokumentierten, so Markert, allein in NRW 140000 Tonnen Stickstoff (Gülle/Festmist) und 205 000 Tonnen mineralische Düngemittel, die jährlich anfallen. Markert bezog sich auf die Zahlen des Landesumweltministeriums aus dem Jahr 2014.

Eine „ambitionierte Düngeverordnung sowie eine strengere Flächenbindung“ könnten Abhilfe schaffen. Sorgen bereiten dem Grünen-Politiker aber auch die Millionen kleinster Kunststoffpartikel, die sich überall in Gewässern nachweisen lassen. Dazu gehören neben Medikamenten-Rückständen auch Kleinstteilchen von Shampoos und Zahnpasten. Produzenten und Konsumenten müssten „endlich ein anderes Konsumverhalten entwickeln“.

Mikroplastik gelange in der Regel durch Haushaltsabwässer in die Kläranlagen und von dort wieder zu einem hohen Prozentsatz in fließende Gewässer. Da die Kläranlagen solche Mikroteilchen bisher nicht herausfiltern können, müssten sie mit einer vierten Klärstufe aufgerüstet werden. So könnte unter anderem der Einsatz von Aktivkohle Mikroplastik binden. Ob die Mikroteilchen im Wesentlichen aus den Haushaltsabwässern kommen, ist jedoch wissenschaftlich noch nicht erwiesen.

„Eine Erweiterung und Verbesserung der Filtertechnik ist unerlässlich, aber die Verbraucher dürfen nicht am Ende über ihre Wassergebühren auf Kosten hängen bleiben!“ fordert Norbert Vogelpohl, der Sprecher der grünen Kreistagsfraktion ausdrücklich die Anwendung des Verursacherprinzips.